



1. Dezember 2003, 02:29, Neue Zürcher Zeitung

Chance verpasst

Die Enttäuschung sitzt tief. Seit der klaren Ablehnung der Initiative zur Trennung von Kirche und Staat 1995 haben Regierungsrat und Vertreter der Landeskirchen intensiv an der Neuregelung einer veralteten, zusehends undurchsichtiger gewordenen Partnerschaft gearbeitet. Der Prozess war stets mehrheitsfähig und konstruktiv. In der Vernehmlassungsphase war kaum Kritik am komplexen Reformprojekt laut geworden, welches die strittigsten Punkte neu regelte: die Finanzen, die Steuern, die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften, die kirchliche Autonomie im Stimm- und Wahlrecht. Der Konsens und die Einigkeit waren derart gross, dass sich die Befürworter zu lange in Sicherheit wähten.

Dann, vor rund einem Jahr, machten sich die ersten Gegner bemerkbar, die sich seinerzeit für die Trennungsinitiative engagiert hatten. Sie holten im Abstimmungskampf mit dem Slogan «Steuergelder für Koranschulen?» zu einem unüberhörbaren Paukenschlag aus, der die Befürworter lähmte, verunsicherte und in die Defensive trieb. Was folgte, war ein gehässiger Abstimmungskampf, in dem sich Gegner wie Befürworter der Lüge bezichtigten. Nach dem Abstimmungsausgang liegt der Schluss nahe, dass die Ängste vor dem Islam, dem Fundamentalismus und dem Terrorismus mit ausschlaggebend waren für die deutliche Ablehnung des Anerkennungsgesetzes und, damit verbunden, der beiden anderen Kirchenvorlagen. Die Gegner haben die irrationale Furcht vor muslimischen Extremisten sehr geschickt auszunutzen gewusst.

Diese Erklärung alleine greift allerdings zu kurz. Es gibt weitere Gründe, die zum Fall der Kirchenvorlagen beigetragen haben. Erstens war das Reformpaket schlicht zu überladen. Jeder konnte sich sozusagen das herausgreifen, was ihn störte: Unternehmer lehnten die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen ab; Reformierte wollten nicht auf die historischen Rechtstitel verzichten, schon gar nicht zugunsten der Katholiken; Atheisten und Freidenker fühlten sich durch das Anerkennungsgesetz ausgeschlossen. Zweitens haben es die Landeskirchen verpasst, rechtzeitig, und nicht erst im Abstimmungskampf, ihre Mitglieder (zusammen immerhin 70 Prozent der Kantonsbevölkerung) über die bevorstehenden Änderungen aufzuklären und das Selbstverständnis, die Zukunft der Landeskirchen neu zu definieren. Drittens erhält der Staat nun die Quittung dafür, dass er in der Integrationspolitik die Rolle und die Bedeutung der Religionsgemeinschaften zu lange ausgeklammert hat. Plötzlich traten alle Akteure gemeinsam und geballt auf die Bühne und wiesen auf die Bedeutung der Kirchenvorlagen hin, das mag da und dort Misstrauen geweckt haben.

Die Kirchen, die jüdischen, die orthodoxen, die muslimischen Gemeinschaften und die Regierung trauern einer verpassten Chance nach. Es ist in der Niederlage zwar viel von gegenseitigem Vertrauen, von gutem Willen die Rede, um wenigstens auf Verfassungsebene das Kirchen-Staat-Verhältnis neu zu ordnen. Misslingt jedoch auch dieser Versuch, dann dürfte die nächste Trennungsinitiative, vor der sich Kirchen und Regierung fürchten, schon bald anstehen. Denn wie liesse sich die staatliche Privilegierung von Landeskirchen weiter

rechtfertigen?

pi.

.....
Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

<http://www.nzz.ch/2003/12/01/zh/page-kommentar99J30.html>

.....
Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG